

Fliegende Blätter

Bei Richard Nixon (1913-1994) wurde der Spruch salonfähig: „Würden Sie von diesem Mann einen Gebrauchtwagen kaufen?“ Da er wegen der Bespitzelung des politischen Gegners (Watergate Skandal) und seiner vielen Lügen als Präsident der Vereinigten Staaten zurücktreten musste.

Wer ist verantwortlich für Verträge, die von der EU mit anderen Staaten abgeschlossen werden und die im Nachhinein durch nicht parlamentarisch legitimierte Gruppen verändert werden können? Verträge, die selbst bei Beendigung noch Jahrzehnte weiter bestehen und deren einiger Zweck ist, der Politik und dem Parlament die Hände zu binden.

Wen kann man für die so genannten Freihandelsverträge der EU mit den verschiedenen Ländern verantwortlich machen und können wir die Verträge verhindern?

Ich möchte mich hier besonders mit dem Abkommen zwischen Kanada und der EU, also CETA beschäftigen. Das CETA Abkommen ist derzeit von besonderer Relevanz, da es nur vorläufig in Kraft ist, vom Verfassungsgericht geprüft wird und mit Hilfe der Grünen und der Linken im Bundesrat gekippt werden könnte.

Auf die fünf wichtigsten Punkte des Vertrages möchte ich näher eingehen:

- 1.) Investitionsschutz hat Vorrang vor Klimaschutz**
- 2.) Der Handel mit klimaschädlichen Produkten ist Hauptziel und Schwerpunkt von CETA**
- 3.) CETA gefährdet den kommunalen Klimaschutz**
- 4.) Nicht Parlamente, sondern intransparente Ausschüsse von EU-Freihandelsabkommen erlassen rechtsverbindliche Beschlüsse für EU-Staaten.**
- 5.) Arbeitnehmerrechte sind in den Verträgen nicht geschützt**

Da der Vertrag über tausend Seiten hat mit vielen Anhängen, kann hier nur Schlaglichtartig darauf eingegangen werden.

1.) Investitionsschutz hat Vorrang vor Klimaschutz

In CETA fehlen verbindliche Regelungen zum Vorrang von Umwelt- und Klimaschutz- gegenüber rein wirtschaftlichen Interessen.

In CETA werden Klimaschutzziele lediglich als freiwillig einzuhaltende Ziele genannt.

Dagegen sieht CETA einen neuen und massiven Durchsetzungsmechanismus zugunsten wirtschaftlicher Interessen gegenüber Gemeinwohlinteressen wie insbesondere Klimaschutz vor.

2.) Der Handel mit klimaschädlichen Produkten ist Hauptziel und Schwerpunkt von CETA

In Kanada ist Fleisch aufgrund niedriger Tierschutzstandards erheblich billiger als in der EU, während die dortigen Milchpreise der Einkommenssicherung der Bauer/innen dienen und höher sind als in der EU. Durch CETA kommt ein Dumpingwettbewerb in Gang, der die Erzeugerpreise für Fleisch und Milch senkt.

Klonfleisch oder Genfisch? Es ist anzunehmen, dass vermehrt genmanipulierter Fisch und Fleisch von geklonten Tieren bzw. deren Nachkommen nach Europa gelangt, ohne dass Verbraucher dies merken. Ein reger Handel zwischen Kanada und den USA, wo es keine Kennzeichnungspflicht gibt, könnte dies möglich machen.

Zudem sind bereits seit Beginn der vorläufigen Anwendung von CETA massive Importe des zuvor in der EU verbotenen CO₂-intensiven kanadischen Teersandöls in die EU zu verzeichnen. Seine Förderung hat schon in der Vergangenheit zum Abholzen riesiger Urwaldflächen geführt.

3.) CETA gefährdet den kommunalen Klimaschutz

CETA verengt die Handlungsspielräume der Kommunen. Gemäß dem Vertrag dürfen Privatisierungen städtischer Versorgungsbetriebe – seien es Krankenhäuser, Wasserwerke oder Verkehrsbetriebe nicht mehr rückgängig gemacht werden. Vergabekriterien, die an die Entwicklung der Region geknüpft sind, sind gem. Art.19.4 Nr.6 CETA untersagt. Ökologische Vergabekriterien sind im Abkommen nicht klar geregelt. Das bedeutet, der Einkauf erneuerbarer Energien durch die Kommunen, könnte durch einen billigeren Anbieter von Kohle, Gas oder Öl als Handelshemmnis gesehen werden und zu einer Klage führen.

4.) Nicht Parlamente, sondern intransparente Ausschüsse von EU-Freihandelsabkommen erlassen rechtsverbindliche Beschlüsse für EU-Mitgliedsstaaten

CETA sieht ein System von Ausschüssen vor, die für die Umsetzung und Auslegung des Abkommens zuständig sind. Sie können ohne parlamentarische Rückbindung und ohne gerichtliche Kontrolle Beschlüsse fassen, die sowohl für Kanada als auch für alle EU-Mitgliedsstaaten verbindlich sind.

Der „Gemischte CETA-Ausschuss“ sowie dessen Unterausschüsse können ohne parlamentarische Kontrolle Vertragsteile (Anlagen, Protokolle ect.) nachträglich ändern und zu allen Themenbereichen des Abkommens bilaterale Beschlüsse erlassen.

Darüber hinaus wurde ein „**Forum für regulatorische Kooperation**“ eingerichtet, das den Einfluss von Konzernen auf die nationale Gesetzgebung und gesetzliche Schutzstandards institutionalisiert. So verbergen sich hinter dem

Terminus „**nichttarifäre Handelshemmnisse**“, die das Forum für regulatorische Kooperation prüfen soll, neben anzugleichenden technischen Normen auch unterschiedliche soziale, ökologische oder Lebensmittelrechtliche Rechtsstandards. Diese sollen zu Zweck des ungehinderten Handels entweder durch „Harmonisierung oder durch gegenseitige Anerkennung beseitigt werden.

5.) Arbeitnehmerrechte sind in dem Vertrag nicht geschützt

Eine Erhöhung des Mindestlohnes kann Gegenstand von Investitionsklagen sein.

Kann man einem solchen Vertrag zustimmen? Wir vom Bündnis für gerechten Welthandel Ortenau meinen: Nein. Deshalb ist es sehr wichtig, dass möglichst viele Menschen auf das Problem aufmerksam machen und die politischen Mandatsträger an ihre Verantwortung erinnern. Sowohl in der Region, als auch in Land und im Bund. Die Landesregierung von Baden-Württemberg spielt bei der Ablehnung eine wichtige Rolle. Erinnern wir Herrn Kretschmann an seinen Wählerauftrag.

Kurt Kutz